



Presseschau vom 20.04.2016:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends:

Dnr-news.com: Der Leiter des SBU versprach, Sachatschenko und Plotnitskij zu „beseitigen“

Der Leiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine Wasili Grizak rief die Führer der Donezker und Lugansker Volksrepubliken Alexandr Sachartschenko und Igor Plotnitskij auf, darüber nachzudenken, dass man sie bald „beseitigen“ werde. Das sagte er bei einem Besuch der Kiewer politischen Universität, was in Auszügen am 19. April vom Pressedienst der Behörde auf Twitter publiziert wurde.

„Sachartschenko, Plotnitskij und andere sollten darüber nachdenken, dass man sie bald beseitigen werde – an ihren Händen klebt sehr viel Blut“, erklärte Grizak.

Außerdem riet der Leiter des ukrainischen Sicherheitsdienstes den Studenten, die Lösungen der ukrainischen Nationalisten nicht nur zu rufen, sondern auch nach ihnen zu handeln: „Man muss nicht nur schreien ‚Heil der Nation‘, sondern man muss auch nach der Losung ‚Tod den Feinden!‘ handeln“, sagte er und ergänzte, dass die jungen Leute „aktiv die Wahrheit über die Ukraine in der Welt verbreiten“ sollen.

Dan-news.info: Die Teilnehmer des internationalen patriotischen Autokonvois „Stern unseres Großen Sieges“ haben heute eine zweihundert Meter lange Kopie der Fahne des Sieges nach Donezk gebracht. Die Stoffbahn wurde am Denkmal „Deinen Befreier, Donbass“ im

Zentrum der Hauptstadt der DVR ausgebreitet, wo auch eine Kundgebung anlässlich des bevorstehenden 71. Jahrestags des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg stattfand. Die Fahne des Sieges traf im Rahmen der Aktion aus Sewastopol ein und wurde von Aktivisten von „Donezkaja Respublika“, „Molodaja Respublika“ sowie Abgeordnete des Volkssowjets und Vertretern der Stadtverwaltung entgegengenommen.

„Wir führen heute diese Kundgebung zu Ehren der 71. Jahrestags des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg durch“, sagte die stellvertretende Vorsitzende des Volkssowjets Olga Makejewka. „Dies war nicht einfach ein Krieg für die Unabhängigkeit, sondern ein Krieg für die Möglichkeit zu überleben. Und heute wiederholen wir die Heldentat unserer Großväter. Tausende der besten Söhne verteidigen die Heimat. Wir haben damals standgehalten, wir halten auch jetzt stand“.

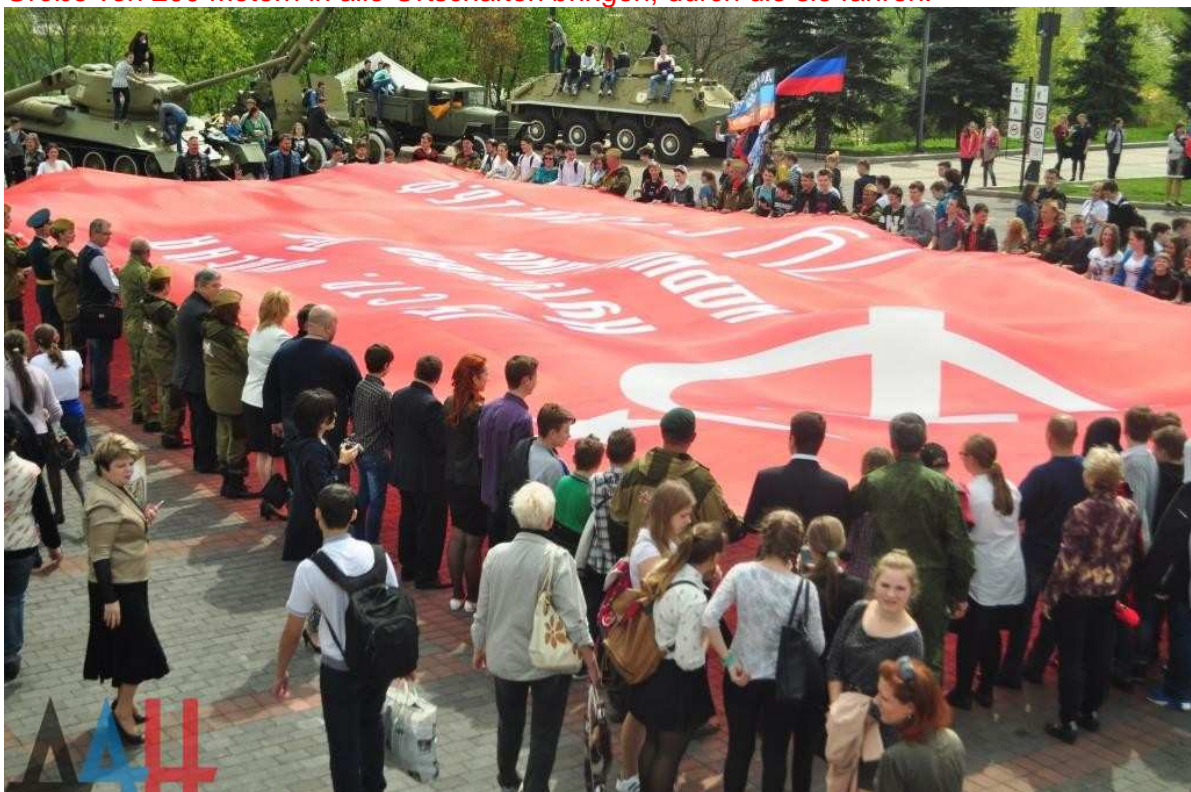
Das Oberhaupt des Nishnegroskij-Bezirks der Republik Krim Alexandr Petrow, der die Autokolonne leitete, und andere Teilnehmer des Konvois machten ihre Unterstützung der Einwohner der DVR deutlich.

„Unsere Großväter, die den Faschismus besiegt haben, waren immer ein Beispiel für Patriotismus und den Glauben an den Sieg. Jetzt sind Sie, die Einwohner des Donbass, für uns, die Krimbewohner, für alle Bürger der RF, für jeden ehrlichen Menschen ein Beispiel für Standhaftigkeit und Mut“, sagte Petrow.

Im Verlauf der Kundgebung ehrten die Versammelten mit einer Schweigeminute alle, die bei der Verteidigung der Heimat während des Großen Vaterländischen Kriegs und im Kampf gegen die jetzige Aggression Kiews gefallen sind. Die Teilnehmer legten gemeinsam Blumen am Denkmal „Deinen Befreier, Donbass“ nieder.

Nach Abschluss der Kundgebung fuhr die Autokolonne weiter nach Gorlowka. Ihr voran fuhrn Motorradfahrer des Motorradclubs „Nachtwölfe“ von der Krim und des Klubs „Witjasi“ der DVR.

Der internationale Autokonvoi „Stern unseres Großes Sieges“ startete am 5. April 2016 gleichzeitig in fünf Städten – Archangelsk, Brest, Sewastopol, Derbent und im Primorskij-Bezirk. Die fünf Kolonnen werden sich am 5. Mai im russischen Wladimir treffen, von wo aus die gemeinsame Kolonne nach Moskau fahren wird, um an der Siegesparade am 9. Mai teilzunehmen. Die Routen bilden einen fünfzackigen Stern. Die Kolonne in Donezk kam aus Sewastopol. Es ist geplant, dass die Teilnehmer 150 Kopien der Fahne des Sieges in einer Größe von 200 Metern in alle Ortschaften bringen, durch die sie fahren.



http://dan-news.info/wp-content/uploads/2016/04/DSC_0174-1024x680.jpg

Vormittags:

De.sputniknews.com: Das niederländische Parlament hat die Initiative der Sozialistischen Partei abgelehnt, die Ratifizierung des Abkommens über die Assoziierung der EU mit der Ukraine außer Kraft zu setzen, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Mittwoch.

Dafür stimmten 71 und dagegen 75 Abgeordnete.

Das Thema der Novellierung des Abkommens wurde aufgeworfen, nachdem die Niederländer bei einem Referendum am 6. April gegen das Dokument mit der Ukraine gestimmt hatten, das andere EU-Länder zuvor befürwortet hatten.

„Ich bin über die Ergebnisse der Abstimmung sehr enttäuscht“, schrieb der sozialistische Abgeordnete Harry van Bommel auf seiner Twitter-Seite. „Die Willensäußerung des Volkes wurde in den Hintergrund gedrängt.“

Sein Parteikollege, Senator Tiny Kox, sagte jedoch gegenüber „Kommersant“, die Gegner des Abkommens machten sich keine großen Sorgen über die Ergebnisse der Abstimmung, denn „die Regierung hat versprochen, sich mit dieser Frage noch bis Sommer zu befassen“. Allerdings zeigte er sich überzeugt, dass das Assoziierungsabkommen mit Kiew in der aktuellen Fassung keineswegs ratifiziert werden dürfe.

Am 14. April hatte der niederländische Premier Mark Rutte verfügt, Gespräche mit der EU über eine Änderung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine zu beginnen. „Falls im Laufe von mehreren Monaten keine faire Antwort formuliert wird, wird die Regierung den Vertrag nicht ratifizieren“, betonte Rutte.

Peter Kleppe vom Brüsseler Forschungszentrum Open Europe sagte seinerseits, er erwarte eine Novellierung des Abkommens, das durch ein Zusatzprotokoll vervollkommen werden müsste, in dem verankert wäre, dass der EU-Beitritt der Ukraine ausgeschlossen sei. Zudem wird die niederländische Regierung ihm zufolge alle Punkte des Dokuments blockieren, die nichts mit Handel zu tun haben.

Das wäre Kleppe zufolge ein Signal für Russland, „dass Europa mit der Ukraine Handel treiben will, aber die Ukraine nicht vor die Wahl zwischen Russland und Europa stellt. „Das würde darüber hinaus den britischen Wählern zeigen, dass die EU-Kommission imstande ist, flexibel zu handeln, und dass sie ihre Unzufriedenheit nicht ignoriert“, so der Experte. (Am 23. Juni findet auf der Insel ein Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU statt.)

Am 12. April hatte die niederländische Wahlkommission offiziell mitgeteilt, dass 61 Prozent der wahlberechtigten Bürger des Landes gegen die Assoziierung der EU und der Ukraine gestimmt hatten. Dafür waren lediglich 38 Prozent.

Ukrinform.ua: Die ukrainische Regierung hat in ihrer Sitzung am Mittwoch eine Zertifizierung von Arzneimitteln, die vorher in den USA, EU-Ländern, in Kanada, Japan und in der Schweiz zertifiziert wurden, abgeschafft.

„Wir trauen den Prüfungen in diesen Ländern und eine langfristige Prüfung in der Ukraine ist nicht nötig“, schrieb Regierungschef Wolodymyr Hrojsman auf Facebook.

Die Regierung beschloss auch weitere Schritte in diesem Bereich, wie Verkürzung der Prüfungsdauer für Arzneimittel und Vereinfachung der Anforderungen an Verpackung von Arzneimitteln.

Laut dem Premier kann die Demonopolisierung und Deregulierung des Pharmamarktes den Zugang der Qualitätsmedikamente zum ukrainischen Markt erweitern, Korruption beseitigen

und zu einer Preissenkung führen.

Dan-news.info: Ukrainische Truppen haben gestern am späten Abend und in der Nacht mit Panzer- und Artilleriegeschützen sowie mit schweren Mörsern die Außenbezirke von **Donezk, Gorlowka** und den **Jasinowatajer Checkpoint** an der Straße Donezk – Gorlowka beschossen. Dies teilt eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

„Ukrainische Truppen haben von 20:00 bis 2:00 mit Artilleriegeschützen, Panzern und Mörsern des Kalibers 120mm die Ortschaften **Spartak, Trudowskije, Werchnetorezkoje**, die Umgebung des Flughafens und des „Volvo-Zentrums“ bei Donezk beschossen sowie **Sajzewo, Nikitowka, Golmowskij** und die Umgebung des Bergwerks 6/7. Außerdem wurde auch der Jasinowatajer Checkpoint beschossen.

Nach Angaben der Quelle schoss der Gegner von den Positionen in Opytnoje, Peski, Awdejewka, Marjinka, Kurdjumowka, Showanka, Leninskoje, Majorsk sowie von Lüftungsschächten des Butowskaja-Bergwerk und des Bergwerks Jushnaja. Neben schweren Waffen verwendeten die ukrainischen Streitkräfte Mörser des Kalibers 82mm, Panzertechnik, Abwehrgeschütze, Granatwerfer und Schusswaffen.

Nach Informationen der Quelle wurden insgesamt von den ukrainischen Positionen mehr als 200 Geschosse abgeschossen, darunter: 104 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm, 37 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm, es wurden 31 Schüsse mit Geschützen des Kalibers 125mm und 22 Schüsse mit Artilleriegeschossen des Kalibers 122mm durchgeführt.

Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch geprüft.

De.sputniknews.com: Russisches Militär baut bis August neue Eisenbahn für Umgehung der Ukraine

Die russischen Eisenbahntuppen bauen bis August einen neuen Schienenweg, der einen intensiveren Verkehr zwischen Zentralrussland und den südlichen Urlaubsregionen abseits der unruhigen Ukraine möglich machen soll.

Die 140 Kilometer lange Zwei-Gleis-Strecke, die die Gebiete Woronesch und Rostow verbinden soll, werde zum 6. August fertig gestellt werden, berichtete Vize-Verteidigungsminister Ruslan Zalikow. Die Bauarbeiten hätten vor einem Jahr begonnen und kämen mit gutem Tempo voran.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion lief die Verbindung zwischen Woronesch und Rostow viele Jahre teilweise durch den Osten der unabhängig gewordenen Ukraine. Nach dem Umsturz in Kiew 2014 ist die Lage in der Ukraine unruhig. Im Osten des Landes schwelt ein militärischer Konflikt zwischen den Regierungstruppen und den lokalen Volksmilizen, die die neue Führung in Kiew nicht anerkannt haben. Russland schickt bereits seit einiger Zeit aus Sicherheitsgründen keine Eisenbahnzüge mehr durch die Ukraine.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30932/77/309327732.jpg>

Dan-news.info: Die republikanischen Arbeitsämter haben etwa 5000 Menschen auf befristete Stellen für Saisonarbeiten zur Vorbereitung auf den Sommer eingestellt. „Das republikanische Arbeitsamt schafft befristete Arbeitsplätze. Die größte Zahl von Menschen ist mit Arbeiten zur Aufräumung des Territoriums für die Frühjahrs- und Sommerperiode beschäftigt – derzeit sind dafür etwa 5000 Menschen eingestellt. Die Arbeiten schließen die Reinigung der Territorien von Müll und Laub, das in Ordnung Bringen von Parks, Plätzen, Brunnen nach der Winterzeit sowie das Streichen von Mauern und anderes ein“, sagte die Gesprächspartnerin der Agentur.

Nach Angaben des Sozialministeriums sind derzeit mehr als 10.000 Menschen auf befristeten Arbeitsplätzen in der Republik eingestellt. Dies sind außer den Arbeiten zur Pflege des Territoriums auch Arbeiten beim Wiederaufbau der Infrastruktur und des Wohnraums der DVR, das Ausladen und die Verteilung von humanitärer Hilfe an die Bevölkerung.

Nachmittags:

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Major Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Nach den Worten Marotschkos hat sich die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz nicht wesentlich verändert und ist weiterhin angespannt.

„Aber es gibt auch positive Momente: die ukrainische Seite hat das erste Mal seit längerer Zeit keine Beschüsse unserer Positionen, die sich an den Verteidigungslinien unserer Republik befinden, vorgenommen und auch keine Beschüsse von Ortschaften und Infrastrukturobjekten. Ich möchte wünschen, dass das die Rückkehr eines normalen Denkens ist. Aber leider ist das wohl eher eine Ausnahme“, sagte Marotschko.

„Es ist eine Verstärkung der Aufklärung der ukrainischen Streitkräfte entlang der Kontaktlinie von Seiten ukrainischer Nazis festzustellen sowie eine Konzentration schwerer Waffen, die von den Minsker Vereinbarungen verboten sind, entlang der Kontaktlinie“, erklärte er.

„So ist nach Informationen unserer Aufklärung auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium in Kondraschewskaja-Nowaja im Staniza-Luganskaja-Bezirk in der dunklen Tageszeit schwere Kampftechnik, 10 T-64-Panzer eingetroffen. In kurzer Zeit wurden Unterstände in Staniza Luganskaja vorbereitet und eine sorgfältige Tarnung der Technik vorgenommen“, teilte der Vertreter des Verteidigungsbehörde der Republik mit.

„Es ist auch die Ankunft von ausländischen Söldnern festzustellen, die als skandinavische Nationalisten zu identifizieren sind“, fügte er hinzu.

„Von der ukrainischen Seite werden technische Verstärkungen an der gesamten Kontaktlinie durchgeführt. In Lobatschewo am Fluss Sewerskij Donezk entlang dem Ufer und durch das Zentrum der Ortschaft bauen die ukrainischen Streitkräfte aktiv Befestigungen und Unterstände. Zu diesem Zweck wurden eine große Menge Holz und Betonelemente geliefert“, berichtete er.

De.sputniknews.com: Bei seinem Aufenthalt in Moskau hat der französische Außenminister Jean-Marc Ayrault „Kiew gescholten und Moskau geschont“, wie die Zeitung Le Figaro berichtet.

Im Zuge der Pressekonferenz mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow hat Ayrault Kiew dazu aufgefordert, die Minsker Vereinbarung unverzüglich umzusetzen, da es sich „in Verzögerungen versponnen habe“. Erstmals hat damit ein Vertreter Frankreichs die Seite Russland in dem Konflikt eingenommen.

„Die Regierung in Kiew muss Reformen durchführen, unter anderem Verfassungsänderung angehen, die den Sonderstatus des Donbass und die Wahlprozedur in der Region betreffen. Wir hoffen, bis Mitte des Jahres Ergebnisse zu sehen“, so Ayrault.

Darüber hinaus zeigte sich der französische Außenamtschef empört über den Vorschlag eines „Ministeriums der besetzten Gebiete“ von dem neuen Ministerpräsidenten der Ukraine, Wladimir Groisman.

Zuvor haben alle westlichen Staaten Russland der Verzögerung des Friedensprozesses beschuldigt, schreibt Le Figaro weiter. Nun hat aber auch Frankreich Kiew offen zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aufgerufen und somit der russischen Position in diesem Konflikt zugestimmt.

Dan-news.info: Die Seite von DAN wurde im Vorfeld der Online-Konferenz des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko mit Einwohnern des Charkower Oblast heftigen DDOS-Attacken unterworfen. Dies teilte heute der technische Unterstützungsdienst der Seite mit. „Es wurde ein übermäßiges Anwachsen der Zahl der Anfragen auf Ihre Seite festgestellt, in der Folge der Analyse der Anfragen wurde eine DDOS-Attacke entdeckt“, informierte der IT-Dienst.

Nach Informationen des technischen Dienstes wurde die Attacke abgeschlagen, zurzeit arbeitet die Seite normal.

De.sputniknews.com: Geist der Annäherung: Moskau ermöglicht längere Visa für Österreicher

Moskau und Wien haben trotz der Russland-Sanktionen Kurs auf politische Annäherung genommen, was sich auch in Visaerleichterungen ausdrücken soll: Russland will die Visa-Laufzeit für österreichische Touristen auf sechs Monate verlängern, wie der Vertreter des russischen Außenministeriums, Jewgeni Iwanow, gegenüber der Zeitung Kommersant sagte. Bisher würden Visa jeweils nur für einen Monat ausgestellt. Die vom russischen Außenministerium angeregten Änderungen des entsprechenden Gesetzes ermöglichten es, so Iwanow, auf Basis von Gegenseitigkeit touristische Visa mit einer Laufzeit von bis zu sechs Monaten, Privat-Visa mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr sowie fünfjährige

Geschäfts-Visa auszustellen.

„Diese neuen Möglichkeiten werden in nächster Zeit für Staatsbürger Österreichs und Griechenlands Anwendung finden“, sagte der russische Diplomat.

Für russische Touristen werde sich einstweilen nichts verändern, wie die österreichische Zeitung Die Presse unter Berufung auf die österreichische Botschaft in Moskau erklärt. Die russischen Bürger hätten auch schon früher Visa mit einer Laufzeit von bis zu sechs Monaten erhalten.

Dan-news.info: Direkte Linie (Heißer Draht) des Oberhaupts der DVR Alexandr Sachartschenko mit Einwohnern des Charkower Oblast (Auswahl einiger Fragen und Antworten)

Guten Tag Alexandr. Sagen Sie, warum eine Pressekonferenz für die Einwohner des Charkower Oblast? Wo doch aus bekannten Gründen Sie uns leider nicht helfen können... Und um Hilfe zu bitten ist sinnlos, dies ist eine der Fragen, die die Charkower am meisten interessieren.

Charkow ist eine Region, die dem Donbass nah ist. Und mir persönlich auch sehr nah ist. ... Ich bin überzeugt, dass Charkow gegen den Faschismus, gegen die Gesetzlosigkeit ist, die jetzt in der Ukraine herrscht. Heute ist Charkow nach einer Zeit des politischen Terrors in gewisser Weise in den Schatten gegangen, in den Untergrund, aber ich bin überzeugt, es ist nicht besiegt. Deshalb habe ich entschieden, auf die Fragen der Charkower zu antworten, die von Ihnen an mich über meine Seite und die sozialen Netze und durch Vertreter der Charkower Landmannschaft in Donezk herangetragen wurden. Ich bin überzeugt, dass Sie in der Lage sind zu kämpfen und die Heldentat Ihrer Vorfahren zu wiederholen und den Faschismus in seiner Höhle zu vernichten. Charkow muss beginnen, sich von den Knien zu erheben, dies wäre schon vor zwei Jahren nötig gewesen. Sobald Sie erkennen, dass Sie die Junta ohne Kampf nicht loswerden und beginnen entschieden zu handeln, wird es Hilfe vom Volk der DVR geben. Wir wissen, wie man gegen Faschisten kämpft. Aber Sie müssen selbst den Kampf für Ihre Zukunft und die Ihrer Kinder beginnen.

Die Charkower erinnern sich an die Naziaufmärsche auf den Straßen der Stadt und werden sie nie vergessen. Sie erinnern sich, wie man gezwungen wurde ein Hakenkreuz in den Händen zu halten oder für die Weigerung verprügelt zu werden. Unsere Kinder konnten so nicht leben. Deshalb befinden sich viele hinter Gittern. Sie wurden gefoltert, heftig geschlagen, viele sind verschwunden. Ich bitte Sie, helfen Sie beim Austausch der politischen Gefangenen aus Charkow! Wir werden niemals denen vergeben, die Tod, Tränen und Krieg in unser Land gebracht haben! Wir werden nie die vergessen, die unsere Kinder misshandelt und getötet haben!

Wir werden auch nicht die Verbrechen vergessen, die die Bandera-Regierung in Charkow, Odessa und anderen Städten des Südostens begangen hat. Und in anderen Regionen der Ukraine auch. Und es darf nicht vergessen werden. Aber das Wichtige ist nicht das. Wir müssen Bedingungen dafür schaffen, diese schreckliche Krise des Volkes der Ukraine zu überwinden.

Was die politischen Gefangenen aus Charkow betrifft, so versuchen wir regelmäßig, sie in die Austauschlisten zu bekommen, aber die Kiewer schließen sie regelmäßig aus den Listen aus oder lassen den Austausch überhaupt scheitern. Aber wird werden nicht aufhören, es zu versuchen.

Was kann die DVR den Einwohnern anderer Regionen vorschlagen, was unterscheidet sich positiv von der heutigen Ukraine (soziale Standards, Freiheit der Medien, das Fehlen einer Diktatur, Menschenrechte, ökonomische und Steuervorteile, das Fehlen des Einflusses von Oligarchen, beispielsweise)? Ich bitte, ohne Losungen und „Ukrofaschisten“ zu antworten. Tun wir es ohne Losungen. Direkt anhand Ihrer Liste. Es gibt Dinge, die erst im Entstehen begriffen sind und in der Diskussion – beispielsweise das Steuersystem, deshalb ist es zu früh darüber zu sprechen. In jedem Fall ist das Steuersystem bei uns nicht schlechter und wir nehmen den Rentnern keine Steuern für den Krieg ab.

Was die Diktatur betrifft, so gibt es diese bei uns nicht, obwohl es unter den Bedingungen der

Kriegszeit so sein könnte. Bei uns haben Wahlen stattgefunden, im Unterschied zur Ukraine wurden dabei keine Aktivisten ermordet, keine Kandidaten halbtot geschlagen und es fanden keine Manipulationen statt. Und dabei war die Beteiligung höher als in der Ukraine bei den Präsidenten- und Parlamentswahlen.

Die Menschenrechte haben bei uns Vorrang. Und vor allem das wichtigste Recht, das auf Leben. Und das ist gerade das Recht, das die Ukraine nicht beachtet. Darunter auch bei uns, im Donbass. Natürlich sind viele Menschenrechte bei uns beschränkt, aber nicht durch uns, sondern durch die Ukraine. Und wir werden nicht vergessen, dass bei uns menschenfeindliche Ideologien und historische Personen in der Art von Bandera oder der Nazismus unter Verbot stehen.

Soziale Standards? In dieser Frage gibt es zwei Seiten. Die erste ist der vorhandene Zustand mit den sozialen Standards. Und hier sehen die Dinge bei uns bisher nicht sehr gut aus. Aber die Ursache liegt nicht in dem fehlenden Wunsch diese Fragen zu lösen, sondern darin, was die Ukraine mit dem Donbass getan hat. Die ökonomische Blockade, die Weigerung Sozialleistungen (Renten usw.) zu zahlen, die Blockade des Banksystems und vieles mehr. Aber hier muss die zweite Seite genannt werden – die Richtung der Entwicklung. Das heißt, hier ist die Rede davon, welche Aufgaben wir uns stellen. Die wichtigste Aufgabe ist das Wohlergehen unserer Einwohner. Und gerade deswegen haben wir im Unterschied zur Ukraine die kommunalen Tarife auf Vorkriegsniveau eingefroren. Gerade deswegen verwenden wir jede erarbeitete Kopeke dafür, dass die Preise für Grundlebensmittel niedrig gehalten werden. Viele Lebensmittel sind bei uns billiger als in der Ukraine, trotz der ökonomischen Blockade und des Kriegs.

Und schließlich, die Oligarchen. Die Deoligarchisierung der Wirtschaft und der Politik ist neben dem Kampf mit der Korruption ein Grundpfeiler unserer Politik Und in dieser Frage gibt es bei uns in der Republik einen vollen Konsens.

Man könnte so weitermachen, aber vielleicht liegt die Antwort in etwas anderem.

Die allgemeinen Prinzipien der Sozialpolitik, die Deoligarchisierung, der Kampf mit der Korruption, die Debanderisierung, das Verbot ultranationalistischer Parteien, freie Wahlen, eine Souveränität der Politik, d.h. eine Absage an äußere Lenkung und ein Setzen auf die eigenen Kräfte. All dies könnten Prinzipien der Politik in der Mehrheit der Regionen der Ukraine werden.

Guten Tag und vielen Dank an Sie und alle, die heldenhaft ihr Recht auf ein normales Leben verteidigen. Wie ich es verstehe, ist eine der wichtigsten Fragen nicht nur die Kämpfe, sondern auch die Regelung der Fragen der Absicherung des Lebens in den Oblasten Donezk und Lugansk ohne die Zentralregierung. Was meinen Sie, welchen Level der Selbstversorgung gibt es in der DVR, LVR? Bezüglich Charkow – woher neue Leitungskader nehmen, wenn das Volk ernsthaft enttäuscht ist und sowohl bezüglich der jetzigen „Patrioten“ als auch von denen die für Kernes und Dobkin (ehemalige ukrainische Leiter der Oblaste – Anm. d. Übers.) stehen?

Bis zu einer völligen Selbstversorgung ist es weit, aus klaren Gründen. Übrigens ist hier nicht von Kiew die Rede. Kiew schadet nur. Heute hängen wir in vielem von der Hilfe der RF ab. Das betrifft sowohl die humanitäre Hilfe als auch Fragen der ökonomischen Zusammenarbeit, der kulturellen Zusammenarbeit. Viele Materialien und Waren wurden nie zuvor im Donbass produziert, deshalb ist die Hilfe der RF unschätzbar. Aber die Selbstversorgung wächst. Wir konzentrierten Produktionskapazitäten, erweitern das Warensortiment, das in der DVR produziert wird. Wenn noch vor einem Jahr fast alles unter den Begriff des Defizits fiel, so ist die Liste heute viel kürzer.

Was Charkow und den Kadermangel betrifft. Hier können Sie von uns lernen. Nach Beginn des Kriegs flohen aus dem Donbass Tausende von Menschen, vor allem waren das Beamte, Geschäftsleute, leitende Kader. Wir haben Kader aus dem Volk herangezogen und diese Politik hat sich bewährt. Ja, nicht alle sind klargekommen, viele brauchten Zeit zum Lernen. Aber mit der Zeit hat die Situation begonnen sich zu stabilisieren. So bin ich überzeugt, dass die Einwohner des Charkower Oblast Kaderreserven bei denen finden werden, denen das Schicksal ihrer Heimat nicht gleichgültig ist. Und wir können Kader austauschen, wir sind uns ja nicht fremd.

De.sputniknews.com: Ukrainer fordern Vernichtung der Krim-Energiebrücke

Auf der offiziellen Webseite des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko ist am 18. April eine Online-Petition mit der Bitte um die Zerstörung der Energiebrücke zwischen dem russischen Festland und der Halbinsel Krim erschienen.

Die Petition fordert, spezielle Resonatoren auf den Schiffen zu installieren, die regelmäßig die Straße von Kertsch passieren. Die Frequenz dieser Resonatoren müsse mit der Frequenz des Seekabels zusammenfallen, welches elektrische Energie vom russischen Festland auf die Halbinsel Krim befördert. Eine solche Maßnahme würde die Ummantelung des Kabels zerstören und dessen Versagen verursachen.

Am 19. April teilte die Zentralstelle für Steuerung des einheitlichen russischen Energiesystems mit, mit der Anschaltung der neuen elektrischen Leitungen auf der Krim seien die Einschränkungen bei der Energieversorgung der Verbraucher beseitigt.

Am 14. April wurde die dritte Strecke der Energiebrücke auf die Krim in Betrieb genommen. Früher an demselben Tag hatte der russische Präsident Wladimir Putin bei der TV-Fragestunde angekündigt, im Laufe von „höchstens zwei — drei Wochen“ werde auch die vierte Strecke in Betrieb genommen.

In der Nacht auf den 22. November gab es Stromausfälle auf der Krim, nachdem die Strommasten der Leitungen gesprengt worden waren, durch die die elektrische Energie vom ukrainischen Territorium geliefert wurde....

Die Online-Petitionen werden vom Präsidenten der Ukraine behandelt, wenn sie 25.000 Unterschriften in 92 Tagen erbringen. Wenn auch die Marke von 25.000 Stimmen erzielt wird, bedeutet das aber nicht unbedingt, dass die Petition genehmigt wird, da die Initiativen auf die Übereinstimmung mit den Gesetzen und die Zweckmäßigkeit ihrer Umsetzung überprüft werden.

Dan-news.info: Am Ende der direkten Linie mit den Einwohnern des Charkower Oblst erklärte der Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko:

„Die Zahl der Fragen, die die Einwohner des Charkower Oblast und andere Einwohner der Ukraine stellen, verwundert. Die Fragen sind verschiedenster Art, von klarer Ablehnung bis zu Worten des Dankes“, sagte der Republikoberhaupt. „Ich denke, dass eine solche Konferenz auch mit Odessa unbedingt notwendig ist, und mit Dnjepropetrowsk und mit Kiew, weil ich meine, dass es einfach notwendig ist, den Einwohnern der Ukraine die Wahrheit über das zu vermitteln, was bei uns geschieht.“

„Ein solcher Austausch erlaubt es, mehr über uns zu erfahren, zu verstehen, warum wir kämpfen und wofür“, erklärte Sachartschenko.

Nach seinen Worten wird die nächste direkte Linie schon in der nächsten Zeit erfolgen.

De.sputniknews.com: Sputnik-Türkei-Chef: „Aufenthaltstitel, Presseausweis und Pass entzogen“

Das jüngste Einreiseverbot in die Türkei ist für den Büro- und Redaktions-Chef von Sputnik Türkei, Tural Kerimow, eigenen Angaben zufolge keine Überraschung gewesen, obwohl es ihm doch befremdlich vorkam.

Gegen die Sicherheitsbeamten des Flughafens hat Kerimow keine Beschwerden, sagte er in einem Gespräch mit Sputniknews.

„Weder die Sicherheitsbeamten des Flughafens, noch der Grenzdienst oder die Polizei verfügte über irgendwelche Informationen (zu dem Einreiseverbot – Anm. der Red.), ich kann das schon verstehen. Das System hat angegeben, dass ich eine ‚persona non grata‘ bin, und sie haben der Vorschrift entsprechend gehandelt“, so Kerimow.

Gleichzeitig erwarte der ausgewiesene Journalist Kommentare zu dem Geschehenen, die das russische Generalkonsulat in Istanbul und die Botschaft in Ankara von den zuständigen Behörden zu bekommen versucht.

„Mir wurde meine Aufenthaltserlaubnis und mein Presse-Ausweis genommen, den mir die Telekommunikationsbehörde des Ministerpräsidenten der Türkei erteilt hatte. Die Situation wird aber noch interessanter angesichts der Tatsache, dass ich in der Nacht zu Sonntag vergangene Woche Istanbul in Richtung Moskau verlassen habe. Damals musste ich zwar zehn Minuten an der Passkontrolle verbringen, aber alles war in Ordnung. Niemand hat mich abtransportiert, und jetzt wird die Einreise verweigert“, erklärte Kerimow.

Am Mittwoch war der Journalist mit einer Aeroflot-Maschine im Flughafen von Istanbul gelandet. Bei der Passkontrolle habe er etwa zehn Minuten verbracht, wonach ihn ein Beamter zu einer Durchsuchungsstelle für Einreisende brachte. Dort musste er etwa eine Stunde ohne Angaben von Gründen warten.

„Ich wurde gebeten, meine Ausweispapiere vorzulegen, was ich gemacht habe: die Bordkarte Moskau-Istanbul, meinen russischen Reisepass, den Presseausweis von der türkischen Medienbehörde und die türkische Aufenthaltserlaubnis. Als ein gesetztreuer Bürger habe ich alle Papiere vorgelegt, die meiner Meinung nach mit dem Vorfall verbunden sein könnten. Ich bin doch auf keiner Privatreise, ich bin hierher gekommen, weil ich der Bürochef in Istanbul bin“, sagte Kerimow weiter.

Danach habe man mir ein Papier ausgehändigt, wo es hieß, ihm sei die Einreise in die Türkei verboten. In dem Schreiben waren ebenfalls keinerlei Gründe angegeben. Man habe Kerimow empfohlen, mit dem nächsten Flieger nach Russland zurückzukehren.

„Ich kann das nicht nachvollziehen: Warum wurden diese Papiere nicht während meines Aufenthaltes im Land oder bei der letzten Abreise außer Kraft gesetzt, wenn ich doch eine unerwünschte Person bin. Das ist fragwürdig. Die Papiere hat man mir nach der Kontrolle nicht zurückgegeben, auch den Pass nicht. Man hat mir erklärt, ich werde meinen Pass an Bord des Flugzeuges nach Moskau zurückbekommen“, so Kerimow, der schon heute Abend im Flughafen Scheremetjewo zurückerwartet wird.

Die realen Gründe des Einreiseverbots für den Büro- und Redaktions-Chef von Sputnik Türkei bleiben bis jetzt offen. Der türkische Vize-Premier Numan Kurtulmuş hat allerdings schon angegeben, dass das Einreiseverbot gegen Kerimow auf Beschluss von Sicherheitskräften des Landes verhängt worden war. Der Journalist selbst glaubt, diese Maßnahme könne mit der Blockierung der Webseite von Sputniknews in der Türkei verbunden sein.

„Es wäre aus der Sicht des Gesetzes falsch, etwas jetzt zu behaupten, da wir immer noch kein Urteil des Gerichts in Ankara über die Blockierung der Webseite erhalten haben. Auch zu den Gründen des Einreiseverbots gegen mich schweigen die zuständigen Behörden“, so Kerimow.

[Ukrinform.ua: Ukraine verbessert sich in der Rangliste der Pressefreiheit](#)

Journalisten und unabhängige Medien stehen weltweit unter zunehmendem Druck. Das stellte die Organisation Reporter ohne Grenzen in ihrer „Rangliste der Pressefreiheit 2016“ fest. Die Ukraine konnte sich aber in der Rangliste verbessern.

Die Ukraine stieg nach Angaben der Organisation in dem Ranking um 22 Plätze und liegt auf Platz 107. Die unmittelbaren „Nachbarn“ der Ukraine in der Rangliste sind Nepal (Platz 105), Montenegro (Platz 106), Guinea (Platz 109) und Ecuador (Platz 109).

Der größte Aufsteiger ist in der diesjährigen Rangliste ist Tunesien (Platz 96, +30). Polen rutschte im Ranking um 29 Plätze auf Platz 47 ab. Die größten Absteiger sind Tadschikistan (Platz 150, -34) und Brunei (Platz 155, -34).

Russland liegt in der Rangliste auf Platz 148, neben Malaysia (Platz 146), Pakistan (Platz 147), Mexiko (Platz 149) und Tadschikistan (Platz 150).

An der Spitze der Rangliste stehen traditionell Finnland (Platz 1 seit 2010), die Niederlande (2), Norwegen (3) und Dänemark (4) und Neuseeland (5). Zu den Schlusslichtern der Rangliste gehören wie im Vorjahr Turkmenistan, Nordkorea und Eritrea. Sie landeten wie im Vorjahr auf den letzten drei Plätzen der 180 Länder.

Das aktuelle Ranking vergleicht laut der Reporter ohne Grenzen die Situation für Journalisten und Medien in 180 Staaten und Territorien und bezieht sich auf das Jahr 2015.

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko hat den Vorschlag der Schaffung einer Vertretung des Charkower Oblast auf dem Territorium der Republik begrüßt. Dies erklärte er heute im Rahmen der direkten Linie mit den Einwohnern des Charkower Oblast auf die Frage eines Mitarbeiters des Apparats des Volkssowjets der DVR über die Möglichkeit der Bildung eines Vertretungsorgans in der Republik.

„Weil wir begonnen haben Pässe auszugeben, für uns hat es keine Bedeutung, ob jemand aus Charkow kommt oder nicht. Ihren Pass werden sie auf jeden Fall bekommen und mit diesem Dokument werden sie in vollem Umfang alle Bürgerrechte erhalten. Bezüglich der Vertretung der Landsmannschaft stimme ich mit beiden Händen mit „Ja“. Nur keine territoriale Landsmannschaft, sondern eine Vertretung des Charkower Oblast“, sagte Sachartschenko.

Das Oberhaupt der DVR erklärte, dass in der Republik auch Vertretungen der Oblaste Odessa, Dnjepropetrows, Saporoshe und Kiew gebildet werden können.

„Bei uns sind Menschen aus diesen Regionen. Wenn es nötig ist, werde ich jede Unterstützung leisten“, fügte Sachartschenko hinzu.

De.sputniknews.com: Die Regierung in Kiew hat den polnischen Musiker und Manager Wojciech Balczun zum neuen Chef der ukrainischen Staatsbahn ernannt.

Das Kabinett habe Balczun als neuen Bahnchef bestätigt, teilte der neue ukrainische Premier Wladimir Groisman am Mittwoch via Twitter mit. Balczun ist Gitarrist und Frontman der polnischen Rockband Chemia. Er leitete bereits den Aufsichtsrat der polnischen Eisenbahn PKP und den Vorstand des Logistikunternehmens PKP Cargo. Seit 2012 war er Vorstandsvorsitzender von LOT Polish Airlines.

Der staatliche Bahnmonopolist Ukrsalisnyzja führt sechs regionale Bahngesellschaften unter seinem Dach und betreibt ein Streckennetz mit einer Gesamtlänge von rund 21.600 Kilometern. Anfang April hatte der ukrainische Ex-Wirtschaftsminister Aivaras Abromavičius mitgeteilt, dass sich acht Ausländer um das Amt des Ukrsalisnyzja-Chefs bewerben.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30933/14/309331490.jpg>

Dnr-online.ru: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage in der DVR bleibt schwierig und angespannt. In den letzten 24 Stunden wurde das Territorium der Republik 449 Mal in der Folge von 56 Verletzungen des Regimes der

Feuereinstellung beschossen. Insgesamt hat der Gegner 261 Mörsergeschosse des Kalibers 82 und 120mm, 22 Artilleriegeschosse des Kalibers 122 und 152mm abgeschossen sowie 31 Schüsse mit Panzergeschützen durchgeführt. Außerdem hat der Gegner Panzertechnik, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen angewendet.

Alle Informationen über Verletzungen der Minsker Vereinbarungen wurden den Vertretern des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination und der OSZE-Mission übergeben.

Am intensivsten wurden unter Anwendung schwerer, von den Minsker Vereinbarungen verbotener Waffen die folgenden Ortschaften beschossen: Gorlowka, Sajzewo, Schirokaja Balka, Golmowskij, Nikitowka, Werchnetorezkoje, Wesjoloje, Shabitschewo, Jasinowataja, Spartak, Sachanka, Kominternowo, der Petrowskij-Bezirk und das Gebiet des „Volvo-Zentrums“ und der Flugplatz von Donezk beschossen. Die Befehle zum Beschuss des Territoriums der Republik gaben: Sokolow, Krasilnikow, Schaptaka und Melnik.

Die Aufklärung der DVR stellt weiterhin eine Konzentration von schweren Waffen und Personal entlang der Kontaktlinie fest.

So wurde in den Gebieten folgender Ortschaften festgestellt:

Prochorowka, 14 km von der Kontaktlinie, die Ankunft von zwei Artilleriegeschützen, zwei Panzern;

Donskoje, 23 km von der Kontaktlinie, die Ankunft von 300 Mann aus einem nationalistischen Bataillon, darunter sind ausländische Söldner;

Nowoselowka, 23 km von der Kontaktlinie, die Ankunft von zwei 100mm-Antipanzergeschützen „Rapira“.

Es wurden Fakten der Nichtunterordnung von Soldaten von militärischen Strukturen unter das Kommando der ukrainischen Streitkräfte bekannt. In Verbindung mit ungezügelterm Alkoholismus und niedriger Motivation unter den Soldaten führen solche Fakten zur tragischen Folgen.

Im Gebiet von Awdejewka häufen sich die Fälle der Eröffnung von ungeordnetem Feuer auf Jasinowataja, Spartak, Krasnyj Partisan, den Donezker Flughafen und den Jasinowatajer Verkehrspolizeiposten. Dies ist auch mit der fehlenden Unterordnung der wieder anwesenden Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte verbunden, die mit radikalen Nationalisten und ausländischen Söldnern ergänzt wurden.

Von unserer Aufklärung wurden Gefechte zwischen Nationalisten und Soldaten des 90. Luftlandebataillons der 81. Luftlandebrigade der ukrainischen Streitkräfte festgestellt. Am 18. April haben Soldaten der 81. Luftlandebrigade im Gebiet der Ausfahrt Jasinowataja einen „Ural“-Lastwagen mit Nationalisten beschossen, in der Folge starben 9 Menschen und 22 wurden verletzt. Die Ursache des Beschusses war, dass der Lastwagen in der Nacht aus Richtung Kontaktlinie auftauchte. Wie später festgestellt wurde, standen die Nationalisten unter Drogeneinfluss, verirrten sich und fuhren zuerst Richtung Kontaktlinie und dann zurück. Nach diesem Vorfall wird eine Verschärfung der Widersprüche zwischen Nationalisten und Soldaten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt. Insbesondere eröffneten nach Informationen unserer Aufklärung gestern in Awdejewka Nationalisten massives Feuer sowohl auf die Positionen der Streitkräfte der DVR als auch auf die Positionen der 81. Luftlandebrigade. In der Folge des Gefechts erlitten die Luftlandesoldaten Verluste. Allein im 90. Luftlandebataillon der 81. Luftlandebrigade wurden 15 Menschen verletzt, die Informationen über die Toten werden noch geprüft.

Solche Konflikte unter den ukrainischen Soldaten werden von der Aufklärung an der gesamten Kontaktlinie festgestellt.

Ukrinform.ua: Die Kommandeure der russischen Besatzungstruppen in der Ostukraine planen aktive Kampfhandlungen zu propagandistischen Zwecken im Vorfeld des Tages des Sieges über Nazi-Deutschland, teilte die Hauptverwaltung für Aufklärung im ukrainischen Verteidigungsministerium am Mittwoch mit.

Nach Angaben der Aufklärung erwägt man „offensive Aktionen im Raum Donezk und Einnahme der nicht kontrollierten Ortschaft in der so genannten Grauzone im Raum

Mariupol“.

Solche Aktionen seien während des Aufenthalts von Vertretern der ausländischen pro-russischen Bewegungen und Parteien, die zu den Feierlichkeiten im Mai eingeladen wurden, in den besetzten Gebieten, geplant.

De.sputniknews.com: Die EU-Kommission hat am Mittwoch offiziell vorgeschlagen, die Ukraine „auf die Liste der Länder zu setzen, deren Bürger ohne Visum in den Schengen-Raum einreisen dürfen“.

In einem diesbezüglichen Dokument auf der Webseite der Behörde heißt es unter anderem: „Wir kommen unserem Versprechen nach, visumfreie Kurzreisen für die Ukrainer mit biometrischen Pässen vorzuschlagen und damit zwischenmenschliche Kontakte zu erleichtern sowie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU zu festigen.“ Die Aufhebung der Visumpflicht bedeutet jedoch keine automatische Gewährung eines Rechts auf Arbeit in der EU.

Die Initiative der EU-Kommission bedarf der Billigung durch das Europäische Parlament und durch die Mehrheit der EU-Mitgliedsländer.

Wie aus dem EU-Sitz verlautete, ist der Vorschlag der EU-Kommission darauf zurückzuführen, dass die Ukraine allen Kriterien im Rahmen des Aktionsplanes zur Visaerleichterung gerecht werde.

Der EU-Kommissar für innere Angelegenheiten, Migration und Staatsbürgerschaft, Dimitris Avramopoulos, sagte am Mittwoch in einer Pressekonferenz: „Die Fragmentierung macht Europa verwundbar. Wir müssen uns hier einig sein und unseren Nachbarn und Partner Ukraine unterstützen, der den Weg der Reformen geht.“

Die Entscheidung der EU-Kommission bedeute die Anerkennung der Bemühungen der ukrainischen Regierung um die Erfüllung aller Bedingungen und um die Umsetzung der Reformen in verschiedenen Sphären, so Avramopoulos.

Das ukrainische Parlament hatte im Februar drei Gesetze zur Bekämpfung von Korruption als notwendige Voraussetzung für die Visafreiheit angenommen.

Die Verhandlungen zwischen Brüssel und Kiew über die Aufhebung der Visumpflicht für die Ukraine hatten 2008 begonnen.

Nach Meinung der stellvertretenden ukrainischen Regierungschefin Iwanna Klimpusch-Zinzadse wird die Ukraine-EU-Visafreiheit noch in diesem Sommer eingeführt.

Abends:

Ukrinform.ua: Gehalt der Abgeordneten fast um das Dreifache erhöht

Seit dem 15. April erhöhte man den Mitgliedern des ukrainischen Parlaments die Gehälter.

Das teilt auf Facebook die Abgeordnete vom Block von Petro Poroschenko Olga Tscherwakowa mit.

„Seit dem 15.04.16 wurde das Abgeordnetengehalt erhöht - von 6 400 auf 17 650 Hrywnja (UAH). Die gleiche Summe wird für die Abgeordnetentätigkeit zugeteilt. Auch erhöht sich der Fonds für die Bezahlung der Abgeordneten Helfer – von 12 500 auf 25 000 UAH. Alle Beträge sind ohne Steuern... Das Gehalt können mehr als fünf Helfer bekommen, früher waren es vier“, schreibt sie.

Frau Tscherwakowa erinnerte daran, dass die Gehaltserhöhung der Abgeordneten die Deputierten Oleksij Muschak und Mustafa Najem forderten, um Korruptionsrisiken zu

minimieren.

De.sputniknews.com: Ukrainer fordern "Übersetzung" russischer Namen ins Ukrainische
Eine ukrainische Petition fordert, russische Namen und Familiennamen in ukrainische zu ändern, wie auf der offiziellen Webseite des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko ersichtlich ist.

Laut dem Petitionsvorschlag sollen beispielsweise die Familiennamen Iwanow und Kusnezow in Iwanenko bzw. Kusmenko übertragen werden. Wer seinen Namen nicht wechseln wolle, dem soll der Petition zufolge ein Teil der Staatsbürgerrechte bzw. die ganze Staatsbürgerschaft entzogen werden.

Laut dem Petitionsverfasser würden diese Maßnahmen zur weiteren „Entkommunisierung“ der Ukraine beitragen. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Petition wurde diese nur von ihrem Autor selbst unterstützt.

Der Petitionstext ist dabei überraschenderweise nicht nur auf Ukrainisch, sondern zum Teil auch auf Russisch verfasst.

Die Online-Petitionen werden vom Präsidenten der Ukraine behandelt, wenn sie 25.000 Unterschriften in 92 Tagen erbringen. Die Petition wird dann genehmigt, wenn die Initiativen auf Übereinstimmung mit den Gesetzen und ihre Zweckmäßigkeit ihrer Umsetzung überprüft wurden.

Unter anderem wurde Poroschenko im März vorgeschlagen, die Ukraine in "Kiewer Rus" sowie russische Städte in ukrainische umzubenennen.

Die Kampagne gegen das sowjetische Erbe war in der Ukraine nach dem Machtwechsel vom Februar 2014 eingeleitet worden. Bis November 2016 sollen landesweit mehr als 900 Ortschaften umbenannt werden.